

Energiewende darf nicht abgewürgt werden

Seit einigen Jahren erreichen pünktlich zum Oktober die Diskussionen über die Energiewende und ihre Kosten einen Höhepunkt. Dann wird nämlich die Höhe der EEG-Umlage bekanntgegeben, die der Stromverbraucher im folgenden Jahr pro verbrauchte Kilowattstunde Strom zu zahlen hat.

So steigt die Umlage im nächsten Jahr um knapp 1 Cent auf 6,24 Cent/kWh. Auch wenn nur ca. 15 Prozent dieser Erhöhung auf die direkte Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien zurückzuführen ist, wird von interessierter Seite der Untergang Deutschlands als Industriestandort an die Wand gemalt und eine Reduzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien gefordert.



Foto: Thorben Wengert / Pixelio

Verschärft wird die Diskussion um die Zukunft unserer Energieversorgung von den in Berlin stattfindenden Verhandlungen zur Bildung einer großen Koalition. Auch wenn zum Redaktionsschluss das Verhandlungsergebnis noch nicht konkret bekannt ist, verheißt das, was bislang bekannt wurde, nichts Gutes. Es droht ein Frontalangriff auf die Energiewende. In Süddeutschland droht ein Stopp für die Windkraftnutzung, und die Kohlekraftwerke sollen dagegen noch lange am Netz bleiben. Es soll kein Klimaschutzgesetz geben, auch der Emissionshandel soll nicht reformiert werden. Stillstand auch bei der Steigerung der Energieeffizienz. Für den BUND ist klar: Die Energiewende muss weitergehen, auch im Saarland. Sie darf nicht ausgebremst werden. Der Verband fordert ein Ende der Demontage der erneuerbaren Energien.



Foto: Petra Bork / Pixelio



Linkes Störfeuer gegen die Energiewende

Oskar Lafontaine auf energiepolitischer Geisterfahrt

Auf große Verärgerung und Unverständnis beim BUND Saar sind unlängst die Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der Linken im saarländischen Landtag Oskar Lafontaine zur Energiewende und einem Stopp der weiteren Windkraftnutzung im Saarland beim BUND Saar gestoßen. Der Linken-Chef hatte in einem Interview mit der Saarbrücker Zeitung von „kultureller Barbarei“ gesprochen und den Befürwortern einen „Mangel an ästhetischem Empfinden“ vorgeworfen. Den vier großen Energiekonzernen geht die Energiewende viel zu schnell, denn es wird immer schwieriger, den Strom aus Atom- und Kohlekraftwerken gegen die zunehmende Konkurrenz der Betreiber von Photovoltaik- und Windkraftanlagen zu vermarkten. Es erstaunt aber sehr, wenn der Fraktionschef Oskar Lafontaine sehr zur Freude von RWE und Co. derart gegen Windkraftanlagen polemisiert.

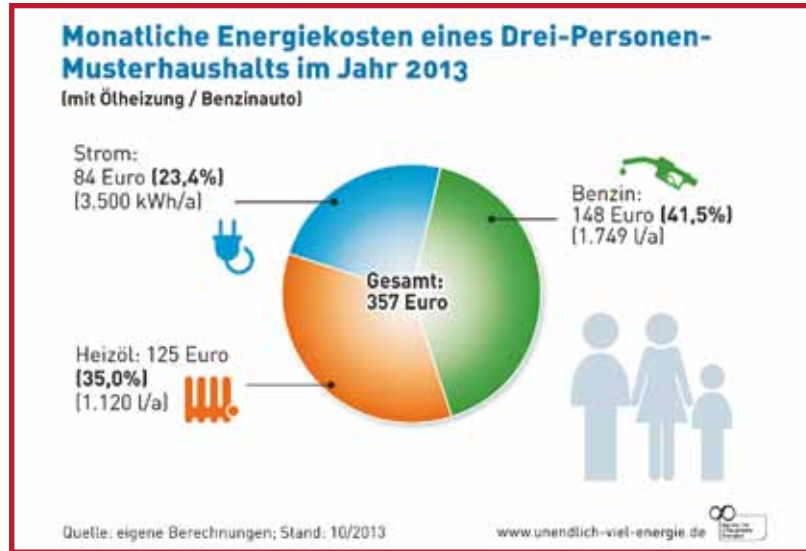
„Mit seinen Äußerungen macht sich Lafontaine zum Büttel der Kohle- und Atomlobby. Sie offenbaren ein mangelndes ökologisches Empfinden und zeugen offenbar von großer Unkenntnis über die energiepolitischen Zusammenhänge beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Linke im Saarland verabschiedet sich damit als ernstzunehmender Gesprächspartner zur Umsetzung

der Energiewende im Saarland“, so Christoph Hassel, Landesvorsitzender des BUND Saar.

Für den BUND Saar ist ein natur- und umweltverträglicher Ausbau der Windenergie für das Gelingen der Energiewende von großer Bedeutung, weil damit auf sehr kleiner Fläche ohne Emissionen von CO₂, schwermetallhaltigem Feinstaub und radioaktiven Stoffen auch von kleineren Unternehmen und von Energiegenossenschaften Strom erzeugt werden kann. Im Saarland sieht der BUND noch großen Nachholbedarf bei der Windkraftnutzung. In Anbetracht des bevorstehenden Klimawandels ist es für den BUND aber im höchsten Maße unverantwortlich, sich grundsätzlich gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen auszusprechen. Der Ausbau darf jetzt nicht abgewürgt werden. „Anstatt Wasser auf die Mühlen der Energiekonzerne zu geben, sollte Oskar Lafontaine seinen politischen Einfluss dafür einsetzen, dass das AKW Cattenom abgeschaltet wird und dass der EU-weite Handel mit CO₂-Zertifikaten wieder funktioniert, damit umweltfreundliche Gaskraftwerke wieder gegenüber Kohlekraftwerken konkurrenzfähig werden“, ergänzt Michael Grittmann, stellvertretender Vorsitzender des BUND Saar.

Nach Ansicht des Verbandes muss der Anteil erneuerbarer Energien im deutschen Strommix in der nächsten Legislaturperiode mindestens um 50 Prozent steigen. Der Anteil liegt aktuell bei etwa 25 Prozent. Die Energiewende muss dynamisch weitergehen, damit gefährliche Atomkraftwerke und klimaschädliche Kohlkraftwerke schnell vom Netz genommen werden können. Das Ziel ist eine 100-prozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis spätestens 2050. Bis zum Ende der Legislaturperiode 2017 muss der Anteil aller erneuerbaren Energien deshalb auf mindestens 38 Prozent gestiegen sein (mindestens 45 Prozent bis 2020).

Der Ausstoß von Klimagasen ist jährlich um drei Prozent zu verringern. Deutschland ist sechstgrößter CO₂-Emittent der Welt und als großes Industrieland für den Klimawandel mit verantwortlich. Nachdem für einige Jahre die Treibhausgasemissionen sanken, steigen sie nun wieder an, vor allem wegen der zunehmenden Kohleverstromung. Damit Deutschland sein Klimaziel für 2020 erreichen kann, müssen ab sofort die CO₂-Emissionen pro Jahr im Durchschnitt um drei Prozent sinken. Bis zur Mitte des Jahrhunderts müssen die Emissionen auf nahe Null zurückgeführt werden, um den Klimawandel zu begrenzen. Damit Deutschland diese Ziele nicht verfehlt, muss ein Klimaschutzgesetz verabschiedet werden, in dem verbindliche und ehrgeizige nationale Klimaziele festgelegt werden. Dieses muss mit konkreten Maßnahmen, etwa für die Gebäudesanierung oder



eine klimafreundliche Mobilität, unterlegt werden.

Erforderlich ist außerdem ein Maßnahmenpaket zur Verkehrsvermeidung und -verlagerung.

Die CO₂-Emissionen im Verkehrsreich sind um ein Viertel zu reduzieren. Der Straßenverkehr verursacht über 80 Prozent der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor. Davon entfallen rund zwei Drittel auf den Pkw- und rund ein Drittel auf den Lkw-Verkehr. Das EU-Ziel, bis 2020 den Energieverbrauch im Verkehr im Vergleich zu 2005 um 10 Prozent zu verringern, lässt sich nur erreichen, wenn es für Autos strengere Verbrauchsvorgaben gibt. Ohne wirksame Maßnahmen bei den Pkw werden die Klimaschutzziele im Verkehr verfehlt. Mittelfristiges Ziel muss sein, den CO₂-Ausstoß der Neuwagenflotten der Autohersteller in einem ersten Schritt bis 2020 auf 80 Gramm CO₂ pro Kilometer und dann auf 60 Gramm pro Kilometer im Jahr 2025 zu begrenzen. Auf EU-Ebene muss die neue Regierung deshalb eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Pkw durchsetzen.

Wahre Kostentreiber

Die Diskussion über die Strompreise lenkt den Blick weg von den wirklichen Kostentreibern im Energiebereich. Die Kosten für Strom machen noch nicht einmal einen Anteil von 25 Prozent an den monatlichen Energiekosten aus (siehe Grafik). Weit mehr gibt ein Durchschnittshaushalt für das Heizen der Wohnung insbesondere mit Öl und für die Mobilität aus. Wer die Bürgerinnen und Bürger bei den Energiekosten wirklich entlasten will, muss hier ansetzen und Anreize setzen, für erneuerbare und effiziente Alternativen. Insofern machen Projekte wie das geplante Bioenergiedorf Fürth Mut und Hoffnung. Bürgerinnen und Bürger nehmen die Zukunft ihrer Energieversorgung selbst in die Hand und werden so Vorbild im Saarland für weitere Bioenergiedörfer. (CH)

